

Beiderseits des Atlantiks entfacht das geplante Freihandelsabkommen TTIP (in den USA: TAFTA) erhebliche Proteste, die wir als Teil eines internationalen Bündnisses gegen TTIP zusammenführen möchten. Bei diesem Factsheet handelt es sich um eine leicht überarbeitete und teilweise gekürzte Übersetzung der Info-Materialien unseres US-amerikanischen Partners Public Citizen. Originale unter [www.citizen.org/tafta](http://www.citizen.org/tafta)



## **TAFTA könnte krank machen: Eine Hintertür zur Verunreinigung von Lebensmitteln**

Im Alltag verlässliche Sicherheitsstandards für Lebensmittel, Medizin und Autos; Energie- und Klimaschutzmaßnahmen zur Rettung unseres Planeten; neue Finanzregulationen, die Banken davon abhalten sollen, mit unserem Geld zu zocken und eine neue Krise heraufzubeschwören – dies alles sind Grundregeln, die durch öffentliche, demokratische Verhandlungsprozesse festgelegt werden sollten. Aber eine Gruppe der größten US-amerikanischen und europäischen Banken und Konzerne will diese Schutzmaßnahmen hinter geschlossenen Türen umschreiben. Seit über 10 Jahren drängen sie auf ein neues US-„Handels“-Abkommen mit Europa – „TAFTA“ („Trans-Atlantic Free Trade Agreement“), dem Konzernvertreter unter dem Namen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) ein neues Image verpassen wollen – ein Abkommen, das den Verbraucherschutz auf beiden Seiten des Atlantiks zurückdrängen würde. EU- und US-Unterhändler haben mit den TAFTA-Verhandlungen im Juli 2013 begonnen und wollen das weitreichende Abkommen 2014 abschließen.

Nur dem Namen nach ein „Handels“-Abkommen würde TAFTA von den USA und der EU verlangen, nationale Finanzgesetze und -vorschriften, Klimapolitik, Standards für Lebensmittel- und Produktsicherheit, Datenschutz und andere Bestimmungen an TAFTA-Regeln anzugleichen. Das Abkommen könnte für die Staaten Verpflichtungen beinhalten, Produkte und Dienstleistungen, die nicht die Auflagen der jeweiligen nationalen Sicherheitsvorschriften erfüllen, durch „gegenseitige Anerkennung“ und „Angleichungs“-Prozesse zu erlauben oder nationale US- und EU-Politik so zu verändern, dass sie mit neuen Standards im Sinne der Konzerne vereinbar wären.

TAFTA-Auflagen nicht zu entsprechen, könnte zu Handelssanktionen führen. Darüber hinaus könnte das Abkommen erneut ausländischen Konzernen,

darunter den größten Agrarkonzernen der Welt, das Recht geben, Gesetzgebung im Interesse der Allgemeinheit direkt anzufechten und bei außergerichtlichen Schiedsstellen die Entschädigung durch die Steuerzahler zu verlangen .

### **Die TAFTA-Agenda der EU und der USA: Deregulierung im Verborgenen**

US- und EU-Unterhändler, beraten von den größten Agrarunternehmen der Welt, nutzen eine verschlüsselte Sprache, wenn sie für TAFTA-Regeln plädieren, die Standards für Lebensmittel-Sicherheit schwächen. Ein durchgesickertes EU-Positionspapier enthüllt das Drängen von EU-Unterhändlern, in TAFTA weitreichende Einschränkungen für Vorschriften zur Lebensmittel-Sicherheit zu verankern; es legt fest, dass derlei Maßnahmen „nur in dem Umfang angewendet werden, der notwendig ist, um menschliches, tierisches oder pflanzliches Leben oder Gesundheit zu schützen.“ Solche Bestimmungen würden ausländischen Regierungen die Möglichkeit geben, die „Notwendigkeit“ nationaler Sicherheitsstandards erneut zu bewerten. Parallel dazu fordern US-Unterhändler ebenfalls Einschränkungen der Vorschriften. Einige Mitglieder des amerikanischen Kongresses forderten sogar offen, dass TAFTA „unberechtigte“ Gesundheits-Regulierungen beseitigen solle; die durch TAFTA geschaffenen Schiedsstellen sollen berechtigt sein, über die Gültigkeit von inländischen Standards zur Lebensmittel-Sicherheit zu entscheiden, wenn diese von ausländischen Regierungen angefochten würden.

### **Die TAFTA-Agenda der Lebensmittelindustrie: Deregulierung ohne Tarnung**

Europäische und US-amerikanische Lebensmittel-Konzerne waren in ihren offiziellen Forderungen an die TAFTA-Unterhändler bemerkenswert offener bezüglich der genauen US- und EU-Sicherheitsvorschriften, die sie durch TAFTA abgeschafft sehen wollen.

## Hier die von den Konzernen selbst aufgestellte Wunschliste zum Abbau der Lebensmittelsicherheit durch TAFTA:

### • **Verunreinigte Lebensmittel**

Das US-Gesetz zur Modernisierung der Nahrungsmittelsicherheit sieht seit 2011 vor, verunreinigte Lebensmittel zurückzurufen. Dieser Meilenstein der Gesetzgebung ist BusinessEurope, dem größten Konzern-Zusammenschluss Europas, ein Dorn im Auge und soll durch TTIP abgeschafft werden.

### • **Fragwürdiges Fleisch**

BusinessEurope ist außerdem unzufrieden mit „Importbeschränkungen für ungekochte Fleischprodukte.“ In einer Zeit, in der viele europäische Staaten ihre rege-mäßigen Fleischkontrollen abschaffen, könnte durch die Lockerung solcher Beschränkungen mehr Fleisch aus Europa in die USA exportiert werden; vermutlich führte die Abschaffung 2013 zum „Pferdefleischskandal“.

### • **Chlorhühnchen**

Zum Ärger der US-Fleischindustrie darf in der EU Geflügelfleisch, das beim Schlachtprozess mit E.coli und anderen Mikroben verunreinigt wurde, nicht mit Chemikalien wie Chlor gereinigt und anschließend verkauft werden. In den Vereinigten Staaten ist das gängige Praxis. Deshalb fordert vor allem YUM!Restaurant, der Eigentümer von Kentucky Fried Chicken, die Änderung von EU-Standards zur Lebensmittelsicherheit durch TTIP, so dass der Konzern seine Chlorhühnchen an die EU-Bürger verkaufen kann.

### • **Schwächere US-Standards für Milch der Güteklasse A**

Die US-Sicherheitsstandards für Milch der Güteklasse A wurden von EU-Konzernen als ein TAFTA-Angriffsziel aufgelistet. Der Europäische Milchindustrieverband (EDA) beschwert sich, dass es „sehr mühselig und teuer“ sei, diese Standards zu erfüllen.

### • **Schweinefleisch mit dem Wachstumshormon Ractopamin**

Das amerikanische Fleischinstitut (AMI) empört sich darüber, dass die EU weiterhin ihr Einfuhrverbot von Fleisch aufrecht erhält, das mit Ractopamin produziert wird. Ractopamin ist ein in den USA zugelassenes Medikament, das die Muskelmasse von Rindern, Puten und Schweinen erhöht. Für den Verband der US-amerikanischen Schweinefleischproduzenten (NPPC) soll TAFTA das Instrument sein, um das Ractopamin-Verbot in der EU zu kippen.

### • **Früchte mit höheren Pestizid-Rückständen**

Die California Table Grape Commission zeigt sich besorgt über das niedrige Niveau maximaler Pestizid-Rückstände in Europa. CropLife America, ein Konglomerat von Agrarunternehmen einschließlich Monsanto, beschwert sich in ähnlicher Weise. Der Verband erhebt Widerspruch gegen europäische Grenzwerte für Pestizide, die „endokrine Disruptoren“ beinhalten – eine Gruppe von chemischen Stoffen, die mit Krebs und Geburtsschäden in Verbindung gebracht wird.

### • **Investorenrecht: Agrarkonzerne können Gesetze zur Lebensmittelsicherheit direkt anfechten**

US- und EU-Konzerne und offizielle Vertreter der Verhandlungspartner fordern, dass TAFTA ausländische Unternehmen berechtigen soll, inländische Gerichte zu umgehen, US- und EU-Regierungen vor außergerichtliche Schiedsstellen zu zerren und Gesetze zur Sicherheit von Lebensmitteln direkt anzufechten, wenn sie diese Gesetzgebung als Verletzung der durch TAFTA eingeführten „Rechte“ ausländischer Investoren betrachten. Solche extremen Regeln eines „Investor-Staat“-Klagesystems sind bereits Bestandteil früherer US-„Freihandels“-Abkommen. Die EU schlägt für TAFTA sogar noch radikalere Investoren-Privilegien vor als in bisherigen US-Abkommen; durch sie würden Konzerne ein neues Werkzeug erhalten, um die Gesetzgebung zur Lebensmittelsicherheit zu untergraben.